

IPZ VOX 16



Analysen eidgenössischer Urnengänge (118)
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

ANALYSE DER EIDGENÖSSISCHEN ABSTIMMUNG VOM 8. MÄRZ 2015

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

VOLKSINITIATIVE «FAMILIEN STÄRKEN! STEUERFREIE KINDER-
UND AUSBILDUNGS-ZULAGEN»

75.4% NEIN

VOLKSINITIATIVE «ENERGIE- STATT MEHRWERTSTEUER»

92.0% NEIN

STIMMBETEILIGUNG

42.1%

IPZ Bibliothek
Politische Wissenschaft



THOMAS KURER, DENISE TRABER UND THOMAS WIDMER



180596

Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das Forschungsinstitut gfs.bern verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.

Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich

Gesamtverantwortung: Prof. Dr. Thomas Widmer
Analyse/Auswertung: Dr. Denise Traber, Thomas Kurer

gfs.bern

Gesamtverantwortung: Claude Longchamp
Projektleitung: Martina Imfeld
Sekretariat: Johanna Lea Schwab
Telefonbefragung/Feldchef: Salvatore Petrone
CATI-Support: Pina Zimmermann
EDV-Auswertung: Stephan Tschöpe

Übersetzung

Piero Carlucci, Sonja Gurtner

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 78.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 30.– (Ausland: Fr. 35.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 2014) können für Fr. 700.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: gfs.bern, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

Zitierweise

Vorliegende Nummer: Thomas Kurer, Denise Traber, Thomas Widmer (2015): Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 8. März 2015, gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft Universität Zürich.
Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom Forschungsinstitut gfs.bern in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977 ff.

ISSN 1664-9060

INHALTSVERZEICHNIS

HAUPTERGEBNISSE DER ANALYSE ZUR ABSTIMMUNG VOM 8. MÄRZ 2015	4
1. BEDEUTUNG DER VORLAGEN, STIMMBETEILIGUNG UND MEINUNGSBILDUNG	8
1.1 Bedeutung der Vorlagen	8
1.2 Stimmbeteiligung	9
1.3 Meinungsbildung	10
2. VOLKSINITIATIVE «FAMILIEN STÄRKEN! STEUERFREIE KINDER- UND AUSBILDUNGSZULAGEN»	12
2.1 Ausgangslage	12
2.2 Das Profil der Stimmenden	13
2.3 Wahrnehmung	17
2.4 Die Stimmotive	18
2.5 Pro- und Kontra-Argumente	19
3. VOLKSINITIATIVE «ENERGIE- STATT MEHRWERTSTEUER»	22
3.1 Ausgangslage	22
3.2 Das Profil der Stimmenden	23
3.3 Wahrnehmung	26
3.4 Die Stimmotive	27
3.5 Pro- und Kontra-Argumente	29
3.6 Generelle Haltung zur Energiewende	32
4. ZUR METHODE	34

HAUPTRESULTATE DER ANALYSE ZUR ABSTIMMUNG VOM 8. MÄRZ 2015

Am 8. März 2015 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Volksinitiativen zu befinden. Zur Abstimmung standen einerseits die Familieninitiative der CVP und andererseits die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer», die von der GLP lanciert wurde. Beide Vorlagen wurden deutlich abgelehnt, was sich bereits lange vor dem Abstimmungssonntag abgezeichnet hatte. Die Familieninitiative scheiterte mit 75.4% Ablehnung, während die erste Volksinitiative in der noch jungen Geschichte der GLP mit 92.0% Nein-Stimmen regelrecht abgeschmettert wurde. Die Stimmbeteiligung lag mit 42.1% leicht unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (45.4%).

Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»

Die Konfliktlinien waren bei der Familieninitiative nicht stark ausgeprägt. Sympathisanten aller Parteien stimmten mehr oder weniger deutlich gegen die Initiative, wobei die Unterstützung bei AnhängerInnen derjenigen Parteien, welche die Ja-Parole herausgegeben hatten, noch am grössten war: Bei der CVP stimmten 49% und bei der SVP 27% für die Initiative. Bei den AnhängerInnen der SP und der FDP war die Zustimmung klar tiefer (20% bzw. 18%).

Im Vergleich zu früheren familienpolitischen Vorlagen spielte der gesellschaftspolitische Konflikt bei der CVP-Familieninitiative eine untergeordnete Rolle; vielmehr scheiterte die Initiative aus fiskalpolitischen Gründen. Der grösste Teil der Befragten gab an, gegen die Initiative gestimmt zu haben, weil vor allem bessergestellte Familien davon profitieren würden. Die Befürchtung, die Initiative hätte grössere Steuerausfälle zur Folge, wurde von den AnhängerInnen der bürgerlichen Parteien etwas häufiger als Entscheidungsgrund geäussert als von linker Seite, jedoch überwog bei den Nein-Stimmenden aller politischer Lager das Argument der Fairness. Weiter wurden als Gründe für ein Nein angegeben, dass die Initiative unnötig sei und dass Familien bereits genügend unterstützt würden. Auch befand ein kleiner Teil der Befragten, dass es bessere familienpolitische Alternativen gäbe als den Steuerabzug für Kinder- und Ausbildungszulagen.

Neben fiskalpolitischen Überlegungen war die persönliche Betroffenheit für den Stimmentcheid relevant. Demnach war die Zustimmung bei kinderlosen, ledigen Personen am tiefsten und stieg mit der Grösse der Familie sowie steigendem Einkommen leicht an. Am grössten war die Unterstützung für die Vorlage bei Familien mit Kindern und mit hohem Einkommen – also bei derjenigen Gruppe, die am stärksten von der Initiative profitiert hätte.

Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»

Die Initiative zur Einführung einer Energiesteuer anstelle der bewährten Mehrwertsteuer erlitt in praktisch allen Teilen der Bevölkerung Schiffbruch. In Anbetracht des überdeutlichen Resultats von 92.0% Nein-Stimmen mag dies nicht überraschen. Trotzdem ist bemerkenswert, dass die Vorlage praktisch unabhängig von Parteizugehörigkeit, Links-Rechts-Einstufung oder soziodemographischen Faktoren durchgehend abgelehnt wurde. Selbst unter Befragten, die den Umweltschutz generell über das Wirtschaftswachstum stellen, erreichte die GLP mit ihrer Energiesteuer nur wenig mehr als 10% Zustimmung.

Die Hauptgründe für die breite Ablehnung sind dabei nicht ökologisch motiviert. Weder die Wirksamkeit einer Energiesteuer noch die Notwendigkeit, etwas für die Umwelt und die Energiewende zu tun, wurden von den Befragten in Zweifel gezogen. Viel mehr Beachtung fanden aber die fiskalpolitischen Konsequenzen eines durch die Energiesteuer verlangten grundlegenden Umbaus des Steuersystems, den die Einführung einer Energiesteuer verlangt hätte. Mit Erträgen von über 22 Milliarden Franken ist die Mehrwertsteuer für mehr als ein Drittel der Bundeseinnahmen verantwortlich. Diese bedeutende und weitherum akzeptierte Einnahmequelle durch ein neues Instrument mit nicht vollständig absehbaren fiskalischen Konsequenzen zu ersetzen, erschien einer grossen Mehrheit der Stimmbewölkerung als zu riskant.

Darüber hinaus hätte die erwünschte Lenkungswirkung einer Abgabe auf nicht erneuerbare Energien mittelfristig entweder zu einem Loch in der Bundeskasse oder zu stetig steigenden Energiepreisen geführt. Diesen beiden möglichen Konsequenzen hat das Stimmvolk eine deutliche Abfuhr erteilt. Die zu erwartende starke und ständig steigende Besteuerung nicht erneuerbarer Energieträger erschien dem Stimmvolk im Vergleich zur bewährten und vorhersehbaren Konsumbesteuerung als schlechtere Alternative.

Die Analyse des Abstimmungsergebnisses zeigt aber, dass die deutliche Abfuhr der GLP-Initiative nicht als grundsätzliche Absage an den energiepolitischen Kurs des Bundesrates zu lesen ist. Die Energiestrategie 2050 findet selbst unter Stimmenden, welche die Energiesteuer ablehnten, mehrheitlich Anklang. Das Ziel der Energiewende wird von einer Mehrheit der Bevölkerung weiterhin unterstützt, die von der Initiative vorgeschlagenen Mittel dazu wurden aber als ungeeignet erachtet.

ZUR METHODE

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung zur Volksabstimmung vom 8. März 2015. Die Befragung wurde vom Forschungsinstitut gfs.bern innerhalb von elf Tagen nach der Abstimmung durchgeführt. Die Datenanalyse erfolgte durch das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich (IPZ). Die Befragung wurde von 92 Befragenden telefonisch durchgeführt, wobei gfs.bern die Möglichkeit hatte, die Interviews ohne dass dies für die Befragenden und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Auswahl der Befragten wurde in einem dreistufigen Zufallsverfahren ermittelt. Der Stichprobenumfang betrug 1514 stimmberechtigte Personen, davon kamen 53% aus der Deutschschweiz, 27% aus der Westschweiz und 20% aus der italienischsprachigen Schweiz. Der Stichprobenfehler für die Gesamtheit der Befragten lag bei +/-2.5%. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Teilstichproben klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist (50:50). In solchen Fällen können auf Grund des Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden. Für die Beteiligung wurde wiederum nach Stimmregisterdaten aus dem Kanton Genf, der Stadt St.Gallen und einer Auswahl von Gemeinden des Kantons Tessin gewichtet.

Tabelle 1: Ergebnisse in Prozent der Stimmenden gesamtschweizerisch und pro Kanton

	Stimmbeteiligung (%)	Familieninitiative (% Ja)	Energiesteuer (% Ja)
Schweiz	42.1	24.6	8.0
ZH	40.9	20.4	10.9
BE	38.8	20.6	8.5
LU	45.0	26.1	8.4
UR	35.3	24.4	6.0
SZ	43.1	24.8	6.2
OW	44.4	21.4	5.9
NW	50.9	24.0	6.0
GL	33.4	16.9	6.4
ZG	46.7	22.2	7.6
FR	45.1	32.6	5.6
SO	39.2	25.2	7.5
BS	42.8	24.6	14.0
BL	36.2	23.9	8.5
SH	65.0	27.3	10.9
AR	48.1	20.4	8.0
AI	36.8	20.8	5.2
SG	42.0	23.8	7.3
GR	37.1	21.8	6.9
AG	39.8	23.2	7.7
TG	44.0	22.7	7.9
TI	40.1	29.4	6.8
VD	45.2	25.7	5.7
VS	47.7	32.2	3.9
NE	41.3	28.3	5.9
GE	47.2	30.0	9.1
JU	38.5	42.8	5.9

Quelle: Bundesratsbeschluss vom 23. April 2015, Bundesblatt 2015, S. 3475-7.

1. BEDEUTUNG DER VORLAGEN, STIMMBETEILIGUNG UND MEINUNGSBILDUNG

1.1 Bedeutung der Vorlagen

Zu Beginn der Umfrage wurden die Befragten um eine Einschätzung der Bedeutung der zwei Vorlagen gebeten. Auf einer Skala von 0 (keinerlei Bedeutung) bis 10 (sehr grosse Bedeutung) wurde dabei sowohl nach der Bedeutung für das Land als auch nach der persönlichen Bedeutung gefragt. Beide Initiativen erzielten dabei Werte begrenzter Bedeutsamkeit, wobei der Initiative der Grünliberalen Partei (GLP) mit 5.7 resp. 5.3 als Mittelwert höhere Bedeutung zugeschrieben wurde als der Familieninitiative der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) mit einem Mittel von 5.1 resp. 4.3. Im Vergleich zu früheren Abstimmungen wird die nationale Bedeutung allerdings bei beiden Initiativen als relativ tief eingeschätzt (Durchschnitt 2006–2012: 6.5 resp. 5.1). Die Einführung einer Energiesteuer anstelle der Mehrwertsteuer wurde offenbar als deutlich weniger entscheidende Weichenstellung in der Energiepolitik wahrgenommen, als beispielsweise die Vorlage «Strom ohne Atom», die 2003 den Ausstieg aus der Kernenergie forderte.¹

Die Werte für die persönliche Bedeutung der beiden Initiativen für die Befragten selbst liegen etwas tiefer als jene für das Land. Besonders bei der CVP-Initiative liegt dies teilweise sicherlich daran, dass tatsächlich nur ein Teil der Stimmbevölkerung von den Forderungen der Initiative profitiert hätte: Familien mit Kindern. Befragte, die angaben, mindestens ein Kind zu haben, schätzten die Familieninitiative denn auch deutlich bedeutsamer ein (arithmetisches Mittel: 5.1) als Befragte ohne Kinder (arithmetisches Mittel: 3.9). Die finanziellen Verteilungswirkungen der Initiative, die im Vorfeld der Abstimmung ausgiebig diskutiert worden waren, hatten diesbezüglich hingegen kaum Auswirkungen. Zwischen verschiedenen Einkommensgruppen sind nur kleine Unterschiede in der Einschätzung der Bedeutsamkeit der Vorlage zu erkennen.

Tabelle 1.1: Wahrnehmung der Bedeutung der Vorlage für das Land und für sich selbst, in Prozent Stimmberechtigter

Bedeutung für...	Familieninitiative		Energiesteuer	
	das Land (%)	sich selbst (%)	das Land (%)	sich selbst (%)
Sehr klein (0,1)	7	20	9	13
Klein (2–4)	23	25	16	19
Mittel (5)	29	21	22	22
Gross (6–8)	33	25	32	33
Sehr gross (9, 10)	8	8	20	14
Arithmetisches Mittel (n)	5.1 (1485)	4.3 (1486)	5.7 (1480)	5.3 (1485)

Die Angaben wurden nach Sprache gewichtet.
© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

¹ Das arithmetische Mittel zur Bedeutung der Vorlage «Strom ohne Atom» für das Land betrug 7.3 (VOX Nr. 81).

1.2 Stimmbeteiligung

Am 8. März 2015 nahmen 42.1% der stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger an den Abstimmungen teil. Dieser Wert liegt leicht unter dem Durchschnitt der letzten 24 Jahre (1991 bis 2014: 43.7%). Wie bei allen Abstimmungen ist das politische Interesse einer der zentralen Faktoren, welcher die Teilnahme erklärt. Bei einer tiefen Stimmbeteiligung spielt dieser Faktor noch eine grössere Rolle. Dementsprechend haben mehr als 70% derjenigen, die angaben, politisch sehr interessiert zu sein, an der Abstimmung teilgenommen, während die Beteiligungsquote bei den politisch Uninteressierten gerade noch 6% betrug. Alter und Bildung korrelieren ebenfalls mit der Wahrscheinlichkeit, an die Urne zu gehen. Die jüngste Altersgruppe war bei der Abstimmung am stärksten untervertreten (23%), die über 60-Jährigen (57%) waren erwartungsgemäss die teilnahmefleissigste Altersgruppe. Ausserdem beteiligten sich höher gebildete Personen häufiger an der Abstimmung (46%), während die Teilnahmequote der tiefsten Bildungsschicht mit 37% unter dem Mittelwert lag.

Die Unterschiede in den Beteiligungsraten nach Parteipräferenz sind im Vergleich zu früheren Abstimmungen ebenfalls etwas weniger ausgeprägt. Interessanterweise war die Beteiligungsquote bei den CVP-AnhängerInnen am kleinsten, was erstaunt, da es sich bei einer der Abstimmungsvorlagen um eine Initiative ihrer Partei handelte. Auch die GLP vermochte ihre Wählenden nicht stärker zu mobilisieren, obwohl an diesem Sonntag über eine Initiative aus der eigenen Partei abgestimmt wurde. Die SympathisantInnen der übrigen Parteien weisen ähnliche Beteiligungsquoten auf, die etwas über dem Durchschnitt und zehn oder mehr Prozentpunkte über der Beteiligungsquote der Personen ohne Parteisympathie liegt.

Tabelle 1.2: Beteiligung nach sozialen und politischen Merkmalen in Prozent der Stimmenden

Merkmale/Kategorien	Stimmbeteiligung (%)	n	Korrelationskoeffizient*
Total VOX (gewichtet)	42	1509	
Interesse für Politik			V = .55***
Sehr interessiert	73	336	
Eher interessiert	48	678	
Eher nicht interessiert	15	339	
Überhaupt nicht interessiert	6	130	
Alter			V = .33***
18 bis 29 Jahre	23	179	
30 bis 39 Jahre	29	313	
40 bis 49 Jahre	36	215	
50 bis 59 Jahre	45	283	
60 bis 69 Jahre	57	262	
70 Jahre und mehr	58	258	
Bildung			V = .12***
Hoher Bildungsstand	46	838	
Mittlerer Bildungsstand	36	577	
Niedriger Bildungsstand	37	94	
Parteiverbundenheit			V = .17***
SP – Sozialdemokratische Partei	48	263	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	35	108	
FDP, Die Liberalen	48	175	
SVP – Schweizerische Volkspartei	44	232	
Grüne	(46)	49	
GLP – Grünliberale Partei	41	54	
BDP – Bürgerlich Demokratische Partei	(51)	28	
Keine Partei	34	360	

* Zur Interpretation der statistischen Koeffizienten siehe Abschnitt 4 «Zur Methode».
Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter fünfzig liegt und keine statistischen Schlüsse zulässt.
© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

1.3 Meinungsbildung

Bei beiden Vorlagen fiel den Teilnehmenden die Entscheidungsfindung relativ leicht. Nur rund ein Viertel der Befragten tat sich mit einer Entscheidung schwer, die grosse Mehrheit bekundete wenig Mühe, sich für oder gegen die Vorlagen zu entscheiden. Dies zeigt sich auch daran, dass die Abstimmungsentscheidung relativ früh fiel. Nur gerade rund 10% der Befragten gaben an, sich erst in den letzten Tagen vor der Abstimmung zu einer Entscheidung durchgerungen zu haben.

Der Umstand, dass die Ablehnung der Energieinitiative nicht in dieser Deutlichkeit antizipiert worden waren, könnte darauf hindeuten, dass die Anteile an Nein-Stimmen über die Zeit zunahmen und kurz vor dem Abstimmungstermin besonders hoch lagen. Die Daten sprechen allerdings eine andere Sprache. Die Ablehnungsrate lag konstant bei mindestens 90% und nahm bei denjenigen Wählenden, die länger um eine Entscheidung rangen, nur unmerklich zu.

Tabelle 1.3: Entscheidzeitpunkt und Schwierigkeit der Meinungsbildung in Prozent der Stimmenden*

	Familieninitiative (%)	Energiesteuer (%)
Entscheidzeitpunkt		
Von Anfang an klar	25	27
3 bis 6 Wochen vor der Abstimmung	33	32
1 bis 2 Wochen vor der Abstimmung	32	31
Letzte Woche vor der Abstimmung	9	10
Schwierigkeit bei der Entscheidung		
Eher leicht	78	75
Eher schwierig	17	22
Weiss nicht, keine Angabe	4	3

* Nur Stimmende (N= 1083 bzw. 1106). Die Angaben wurden nach dem Ergebnis der betreffenden Abstimmung gewichtet.
© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

2. VOLKSINITIATIVE «FAMILIEN STÄRKEN! STEUERFREIE KINDER- UND AUSBILDUNGSZULAGEN»

2.1 Ausgangslage

Die Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» ist die erste der beiden 2010 von der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) lancierten Familieninitiativen.² Die Initiative wurde am 5. November 2012 eingereicht. Sie verlangt, dass Kinder- und Ausbildungszulagen von den Einkommenssteuern befreit werden, um Familien mit Kindern zu entlasten. Die CVP argumentierte, dass es widersinnig sei, wenn der Staat Familien mit Zulagen unterstütze, ihnen die gewährte Unterstützung jedoch danach über Steuern wieder entziehe. Deshalb müssten Familienzulagen von den Steuern befreit werden. Mit der CVP-Familieninitiative kam innerhalb eines kurzen Zeitraums eine weitere Vorlage vor das Volk, die sich mit der Neugestaltung der Familienpolitik in der Schweiz befasst.³

Der Bundesrat empfahl die Vorlage zur Ablehnung und wollte der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüberstellen, mit der Begründung, dass Familien weiterhin mit Instrumenten ausserhalb des Steuerrechts gefördert werden sollen. Der Bundesrat argumentierte weiter, dass die Initiative massive Steuerausfälle zur Folge hätte: Bei der Bundessteuer wären es gemäss Botschaft des Bundesrates rund 200 Millionen, bei Kantonen und Gemeinden rund 760 Millionen. Auch im Parlament stiess die CVP-Initiative auf wenig positive Resonanz. Die breite Opposition sowohl bei linken wie auch rechten Parteien befürchtete gewichtige Steuerausfälle und argumentierte, dass die Initiative zur Kompensation der Mindereinnahmen keine Vorschläge bereithalte. Von linker Seite wurde ausserdem bemängelt, dass die in der Initiative geforderten Steuerbegünstigungen vornehmlich privilegierten Familien zugute kämen – Familien mit tieferen Einkommen nütze die Vorlage gar nichts. Sowohl der National- als auch der Ständerat sprachen sich in der Schlussabstimmung klar gegen die Initiative aus. Der Bundesbeschluss mit der ablehnenden Abstimmungsempfehlung wurde im Nationalrat mit 159 zu 35 Stimmen (4 Enthaltungen) und im Ständerat mit 32 zu 13 Stimmen angenommen.

Aufgrund dieser Ausgangslage stand die CVP im Abstimmungskampf weitgehend isoliert da. Unter den anderen Parteien unterstützten nur die EDU und EVP die Vorlage. Es formierte sich eine breite Allianz im gegnerischen Komitee unter der Leitung der Grünen, dem die SP, FDP, BDP und GLP angehörten. Besonders auch die Kantone, vertreten durch die kantonalen Finanzdirektoren, darunter einige CVP-Vertreter, sprachen sich gegen die Initiative

² Über die zweite Familieninitiative, die Initiative gegen die Heiratsstrafe, wird 2016 abgestimmt. Die beiden Initiativen sind die ersten CVP-Initiativen seit über achtzig Jahren.

³ 2013 wurden sowohl der Familienartikel des Bundesrates, welcher die Kompetenzen des Bundes bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf regeln sollte, als auch die SVP-Familieninitiative, die einen Steuerabzug für Familien, die ihre Kinder selber betreuen, gefordert hatte, in der Volksabstimmung abgelehnt. (VOX Nr. 110 bzw. VOX Nr. 113)

aus. Die SVP vollzog eine Kehrtwende: Hatten ihre Vertreter im Parlament noch mehrheitlich gegen die Initiative gestimmt, stellte sich die Partei im Januar 2015 hinter das Anliegen und gab nach der Delegiertenversammlung die Ja-Parole heraus.

Die Gegenargumente vermochten schliesslich eine grosse Mehrheit der Stimmenden zu überzeugen und die Initiative wurde deutlich mit 75,4 % Nein-Stimmen und von sämtlichen Kantonen abgelehnt.

2.2 Das Profil der Stimmenden

Wie schon die Abstimmungsparolen vermuten lassen, war die Abstimmung nicht durch einen klassischen links-rechts Konflikt geprägt. Eine mögliche Erklärung dafür wäre, dass neben der wirtschaftspolitischen Dimension auch eine gesellschaftspolitische Dimension eine Rolle gespielt hat. Die AnhängerInnen der beiden Parteien, die für ein traditionelles Familienbild eintreten, haben am häufigsten Ja gestimmt. Bei den CVP-SympathisantInnen lag der Ja-Stimmenanteil erwartungsgemäss am höchsten, jedoch bereits unter 50 %. Ein knappes Drittel derjenigen, die sich mit der SVP verbunden fühlen, hat ein Ja in die Urne gelegt. Auf der anderen Seite stimmten nur noch 20 % der SP-AnhängerInnen für das Anliegen, bei den FDP-SympathisantInnen lag der Ja-Stimmen Anteil sogar noch tiefer.⁴ Das Vorhaben fand also bei den AnhängerInnen derjenigen Parteien, die sich in der Vergangenheit für eine moderne Familien- und Sozialpolitik eingesetzt haben, am wenigsten Unterstützung.

Dass der Links-rechts-Graben in dieser Sachfrage nicht besonders ausgeprägt war, zeigt sich auch bei den Ja-Stimmenanteilen unterschieden nach ideologischer Selbsteinschätzung. Die Zustimmung zum Vorhaben des CVP-Familienartikels war von links bis rechts ähnlich tief (zwischen 21 und 27 % Ja-Stimmen). Am linken Rand des politischen Spektrums lag die Unterstützung noch bei 17 %. Möglicherweise fiel hier das Argument der linken Parteien, dass die Initiative vor allem reichen Familien nütze, für diese Stimmenden besonders ins Gewicht, und bewog eine überwiegende Mehrheit dazu, das Vorhaben abzulehnen.

Da bei familienpolitischen Fragen neben der wirtschaftspolitischen auch die gesellschaftspolitische Dimension von Bedeutung ist, lohnt es sich, den Zusammenhang zwischen den Wertvorstellungen und dem Stimmverhalten zu betrachten: In der Tabelle 2.1. werden die Ja-Stimmenanteile für unterschiedlich starke Traditionsgebundenheit ausgewiesen. Es zeigt sich, dass die Stimmenden mit einer traditionellen Haltung zu gesellschaftlichen Fragen die Vorlage etwas öfter unterstützten (27 %) als solche, die sich eine moderne Schweiz wünschen (23 %). Der Ja-Stimmenanteil derjenigen, die in dieser Frage keine klare Meinung haben, entspricht dem Ja-Stimmenanteil insgesamt. Der Zusammenhang zwischen

⁴ Zu den übrigen Parteien lassen sich aufgrund der tiefen Fallzahlen keine belastbaren Aussagen machen.

Traditionsgebundenheit und Stimmentscheid ist jedoch nicht statistisch signifikant. Die gesellschaftspolitische Dimension ist also im Vergleich zu früheren familienpolitischen Abstimmungen von vergleichsweise geringer Bedeutung. Sowohl bei der Abstimmung zum Familienartikel des Bundes im März 2013 wie auch bei der Abstimmung zum SVP-Familienartikel im November 2013 kam der Konflikt zwischen konservativen und modernen Wertvorstellungen weitaus deutlicher zum Ausdruck.

Aufgrund der Tatsache, dass sich bei dieser Vorlage keine klaren Konfliktlinien gebildet haben, lässt sich vermuten, dass in den unterschiedlichen politischen Lagern verschiedene Argumente unterschiedlich stark ins Gewicht fielen und zur Ablehnung der Initiative beigetragen haben. Klar ist, dass einer überwiegenden Mehrheit der Befragten der Entscheid relativ leicht gefallen ist.

Tabelle 2.1: Familieninitiative – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden

Merkmale/Kategorien	% Ja	n	Korrelationskoeffizient^a
Total VOX (gewichtet)	24.0	1000	
Parteiverbundenheit			V = .20***
SP – Sozialdemokratische Partei	20	207	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	49	61	
FDP, Die Liberalen	18	132	
SVP – Schweizerische Volkspartei	27	163	
Grüne	(32)	41	
GLP – Grünliberale Partei	(30)	40	
BDP – Bürgerlich-Demokratische Partei	(3)	25	
Keine Partei	24	174	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			n.s.
Links aussen	17	129	
Links	27	210	
Mitte	25	271	
Rechts	21	189	
Rechts aussen	24	143	
Weiss nicht	(37)	42	
Wertvorstellung: Moderne vs. traditionelle Schweiz			n.s.
Modern	23	405	
Geteilter Meinung	24	406	
Traditionell	27	180	
Entscheidungsschwierigkeit			n.s.
Eher leicht	25	806	
Eher schwierig	19	159	
Entscheidzeitpunkt			n.s.
Von Beginn weg klar	23	248	
3 bis 6 Wochen	24	337	
1 bis 2 Wochen	23	316	
Letzte Woche	27	87	
^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 4 «Zur Methode». Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter fünfzig liegt und keine statistischen Schlüsse zulässt. © Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.			

Die Analyse der soziodemografischen Merkmale zeigt, dass Männer der Vorlage etwas deutlicher zugestimmt haben als Frauen (26 % bzw. 22%); wiederum lässt jedoch die Samplegrösse keine zuverlässige Aussage zu.⁵ Eindeutig ist allerdings der Unterschied zwischen Kinderlosen und Personen mit Familie: Diejenigen Befragten, die für ein Kind verantwortlich sind, haben die Vorlage deutlich häufiger unterstützt (28%) als Stimmende ohne Kinder (17%), und bei den Familien mit zwei und mehr Kindern fand sie den grössten Anklang (37 % Ja). Ein ähnliches Bild zeigt der Vergleich zwischen ledigen und verheirateten Personen.

Betrachtet man die Unterschiede im Abstimmungsverhalten verschiedener Einkommensklassen fällt auf, dass die tieferen Einkommensschichten der Vorlage weniger abgewinnen konnten, was jedoch auch damit zu tun haben könnte, dass das Einkommen bei Kinderlosen (z. B. jüngere Menschen in Ausbildung) generell tiefer ist. Die Tabelle 2.2. weist deshalb zusätzlich in Klammern die Zustimmung für verschiedene Einkommensschichten mit Kindern aus. Hier zeigt sich eine deutlich höhere Zustimmung der oberen Einkommensschichten, welche auch durch die Initiative am meisten profitiert hätten.⁶ 41 % der Personen mit Familie, welche über mehr als 9000 Franken Haushaltseinkommen verfügen, haben der Initiative zugestimmt, während nur knapp 27% der Personen mit Kind(ern) und mit einem Haushaltseinkommen von unter 5000 Franken die Vorlage unterstützten.

⁵ Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind allerdings in einer multivariaten Analyse signifikant.

⁶ Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Stimmentscheid ist für Individuen mit mindestens einem Kind auf dem 10%-Niveau signifikant.

Tabelle 2.2: Familieninitiative – Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden

Merkmale/Kategorien	% Ja	n	Korrelationskoeffizient*
Total VOX (gewichtet)	24.0	1000	
Bildung			n.s.
Hoch	23	618	
Mittel	24	335	
Tief	[28]	47	
Geschlecht			n.s.
Mann	26	499	
Frau	22	502	
Anzahl Kinder			V = .19***
Keine Kinder	17	620	
Ein Kind	28	82	
Zwei oder mehr Kinder	37	291	
Zivilstand			V = .10*
Ledig	11	129	
Verheiratet	27	639	
Lebt mit Partner/in	24	57	
Verwitwet	23	83	
Geschieden	25	82	
Haushaltseinkommen			n.s.
Bis 5000 CHF [mit mind. 1 Kind]	18 [27]	238 [50]	
5000-9000 CHF [mit mind. 1 Kind]	24 [30]	388 [165]	
Über 9000 CHF [mit mind. 1 Kind]	28 [41]	263 [126]	

* Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 4 «Zur Methode».
Die Zahlen in runden Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter fünfzig liegt und keine statistischen Schlüsse zulässt.
© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

2.3 Wahrnehmung

Die Befragten waren nicht sehr gut über die Initiative informiert: Knapp 40% konnten die Frage nach dem Inhalt der Vorlage nicht beantworten. Die Stimmenden wussten deutlich besser Bescheid als diejenigen, die nicht zur Urne gegangen waren. Die Befragten gaben mehrheitlich an, dass das Ziel der Initiative eine steuerliche Entlastung von Familien gewesen sei (71% der Stimmenden, 32% der Nichtstimmenden). Eine Minderheit antwortete etwas allgemeiner, dass die Unterstützung von Familien im Zentrum gestanden habe (10% der Stimmenden, 6% der Nichtstimmenden).

Tabelle 2.3: Familieninitiative – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der Stimmberechtigten (nur Erstnennungen)

Wahrnehmung*	Total		Stimmende		Nicht-Stimmende	
	%	n	%	n	%	n
Steuern/steuerliche Entlastung von Familien	48	727	71	449	32	278
Unterstützung von Familien/Familien stärken	8	117	10	63	6	55
Mittlere Einkommen entlasten	1	8	1	5	0	3
Allgemeines, Anderes	6	89	7	42	5	47
Weiss nicht / keine Antwort	38	566	12	74	56	492
Total	100	1509	100	634	100	875

* Die Aussagen wurden nach Teilnahme gewichtet.
© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

2.4 Die Stimmotive

Die Auswertung der Stimmotive weist darauf hin, dass bei den Stimmenden die Argumente des Initiativkomitees bzw. des Gegenkomitees angekommen sind. Nur jeweils 5% der Ja- und Nein-Stimmenden konnten nicht genau sagen, was sie zu ihrem Entscheid bewogen hatte. 2 bzw. 3% waren den Empfehlungen von Bund, Parteien, Verbänden oder Bekannten gefolgt.

Etwas mehr als ein Drittel der Ja-Stimmenden gaben an, dass sie mit ihrem Entscheid die Familien unterstützen wollten. Weitere 28% fühlten sich durch das Anliegen direkt angesprochen, weil sie selber oder in ihrem Umfeld Kinder haben und mehr oder weniger direkt durch die Änderung betroffen wären. Ein etwas kleinerer Teil gab das Argument des Initiativkomitees wieder, dass das heutige System durch die Besteuerung von Zulagen widersprüchlich sei. Betrachtet man auch die zusätzlichen Nennungen, wurde dieses Argument insgesamt von einem Drittel der Ja-Stimmenden genannt.

Der grösste Teil der Gegner der Initiative gab an, Nein gestimmt zu haben, weil die Initiative unfair sei und vor allem reiche Familien profitierten (41% Erstnennungen, 64% insgesamt). Das Argument der Steuerausfälle wurde weitaus weniger oft genannt (16% Erstnennungen) und war anscheinend weniger wichtig für die Ablehnung der Initiative. Zählt man alle Nennungen zusammen, wurde dieser Grund aber immerhin von einem Drittel der Stimmenden genannt. Die befürchteten Einnahmefälle bei Bund und Kantonen wurde von den AnhängerInnen der bürgerlichen Parteien etwas häufiger genannt, jedoch überwiegt auch dort der Entscheidungsgrund, dass von der Initiative vor allem Bessergestellte profitierten. Weiter wurden als Gründe für ein Nein angegeben, dass die Initiative unnötig sei und dass Familien bereits genügend unterstützt würden. Auch befand ein kleiner Teil der Befragten, dass es bessere familienpolitische Alternativen gäbe als den Steuerabzug für Kinder- und Ausbildungszulagen. Die Gründe der Nein-Stimmenden waren insgesamt etwas heteroge-

ner und allgemeiner als diejenigen der Ja-Stimmenden, was darauf hinweist, dass neben den Argumenten der Gegenkampagne noch verschiedene individuelle Vorbehalte gegen die Initiative existierten. Die Vorlage war für die meisten schlichtweg nicht überzeugend.

Tabelle 2.4: Familieninitiative – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	%	n	%	n
JA-Stimmende				
Familien unterstützen	37	88	64	153
Persönliche Betroffenheit: Hat selber Familie (oder Umfeld)	28	68	31	75
Widerspruch zwischen Subvention und Steuer	12	29	31	75
Familienpolitik in der Schweiz ungenügend	6	14	16	38
Empfehlung von Parteien	2	5	6	16
Anderes, Allgemeines	11	25	30	71
Weiss nicht / keine Antwort	5	12	64	153
Total	100	240	242	587
NEIN-Stimmende				
Ungleiche Unterstützung / Reiche Familien profitieren mehr / Initiative ist unfair	41	315	64	484
Weniger Steuereinnahmen	16	123	33	251
Familien bereits genügend unterstützt / bessere Alternativen	10	73	18	141
Initiative ist unnötig	3	24	3	26
Gegen mehr staatliche Regelung	2	12	3	22
Anderer Schwächen der Initiative	5	37	9	65
Empfehlungen	3	21	5	39
Anderes, Allgemeines	12	91	20	153
Weiss nicht / keine Antwort	5	40	62	475
Total	100	760	221	1685

© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

2.5 Pro- und Kontra-Argumente

Es wurden von uns jeweils drei Argumente getestet, die während des Abstimmungskampfes von den zwei Lagern häufig verwendet wurden. Die Auswahl dieser wichtigsten Argumente zeigt, dass das Initiativ-Komitee eine Familien-Vorlage präsentierte, während die gegnerische Seite klar den Fokus auf die Steuerfragen legte.

Die vorgelegten Argumente konnten von den Befragten anscheinend relativ gut dem Pro bzw. Kontra-Lager zugeordnet werden. Die Auswertung zeigt ein einheitliches Bild. Die

grösste Zustimmung unter den Ja-Stimmenden fand das Argument, dass Familien stark belastet sind und deshalb Steuererleichterungen erhalten sollen (91%). Nur ein Drittel der Nein-Stimmenden war mit diesem Argument einverstanden. Eine ähnliche Aussage, dass nicht nur die Wirtschaft sondern auch Familien Steuervergünstigungen erhalten sollen, fand im Ja-Lager ebenfalls sehr hohen Zuspruch. Dieses Argument fand jedoch auch bei immerhin noch knapp der Hälfte der Nein-Stimmenden Anklang (49%). Leicht darunter lag die Zustimmungsrates für ein ebenfalls vom Initiativkomitee vorgebrachtes Argument, dass es ungerecht sei, wenn Familien wegen Kinder- und Ausbildungszulagen in eine höhere Steuerprogression gerieten (Ja-Stimmende 78%, Nein-Stimmende 49%).

Die Auswertung der Kontra-Argumente bestätigt, dass die GegnerInnen der Initiative überzeugen konnten. Auch hier ist der Unterschied zwischen Befürwortenden und Ablehnenden eindeutig. Besonderen Zuspruch bei den Nein-Stimmenden fand das Argument der Steuerausfälle, das von Bund und Kantonen, wie auch von bürgerlicher Seite vorgebracht worden war (75% der Nein-Stimmenden sind einverstanden). Allerdings waren auch mehr als die Hälfte der Befürwortenden mit dieser Befürchtung einverstanden (53%) – anscheinend war dieser Einwand für sie aber nicht bedeutsam genug, so dass sie der Initiative trotzdem zugestimmt haben. Ähnlich fand auch das Kontra-Argument, dass die Vorlage gegen Prinzipien des Schweizer Steuersystems verstosse, bei knapp der Hälfte der Befürwortenden (47%) Anklang, während rund zwei Drittel (67%) der Nein-Stimmenden mit diesem Argument einverstanden waren. Die dritte Aussage des gegnerischen Lagers, dass die Initiative unfair sei, weil davon vor allem reiche Familien profitierten, wurde von einer überwiegenden Mehrheit der Ablehnenden unterstützt. Nur knapp ein Drittel der Befürwortenden war damit einverstanden.

Tabelle 2.5: Familieninitiative – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei Stimmenden in Prozent

Pro-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Familienzulagen sollen nicht besteuert werden, weil Familien zu stark belastet sind.	Total	46	52	3
	Ja	91	8	1
	Nein	31	66	3
Es ist ungerecht wenn man wegen der Familienzulagen in eine höhere Steuerprogression gerät.	Total	56	40	4
	Ja	78	18	3
	Nein	49	46	4
Nachdem man jahrelang der Wirtschaft Steuererleichterungen gewährt hat, sind nun die Familien an der Reihe.	Total	57	37	6
	Ja	85	9	6
	Nein	48	46	6
Kontra-Argumente		Einverstanden (%)	Nicht einverstanden (%)	Weiss nicht (%)
Ein Steuerabzug für Familienzulagen widerspricht einem wichtigen Prinzip des Schweizer Steuersystems, nämlich der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.	Total	62	31	7
	Ja	47	45	8
	Nein	67	27	6
Die Befreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern ist unfair, weil davon vor allem reiche Familien profitieren.	Total	61	34	5
	Ja	27	69	4
	Nein	72	24	5
Der Steuerabzug für Familien verursacht massive Steuerausfälle, die von anderen Steuerzahlern ausgeglichen werden.	Total	70	22	8
	Ja	53	37	10
	Nein	75	17	8
Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 46% aller Stimmenden [91% der Ja-Stimmenden; 31% der Nein-Stimmenden] pflichteten dem ersten Argument bei, 52% [8% der Ja-Stimmenden und 66% der Nein-Stimmenden] lehnten es ab und 4% [3%; 4%] konnten sich nicht entscheiden. Gesamtheit der antwortenden Stimmenden = 1000 (gewichtet). © Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.				

3. VOLKSINITIATIVE «ENERGIE- STATT MEHRWERT- STEUER»

3.1 Ausgangslage

Zur Sicherung der Energiewende verlangte die Grünliberale Partei (GLP) in ihrer Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» die Erhebung einer Steuer auf Einfuhr und inländische Erzeugung nicht erneuerbarer Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran. Um einen Anstieg der Steuerbelastung für Individuen und Unternehmen zu verhindern, sah die Initiative im Gegenzug die Abschaffung der Mehrwertsteuer (MWST) vor. Die Höhe der neuen Steuer auf nicht erneuerbare Energien sollte so festgelegt werden, dass die Energiesteuer dem Staat gleich hohe Einnahmen garantiert, wie bisher durch die Mehrwertsteuer eingenommen wurden.

Die Initiative der GLP wurde von der Grünen Partei (GPS) und den Umweltverbänden unterstützt. Keine Unterstützung erfuhr die erste Volksinitiative der noch jungen GLP hingegen vonseiten der Sozialdemokratischen Partei (SP), die Umweltanliegen häufig unterstützt. Die SP zeigte sich besonders in Bezug auf die Verteilungswirkungen der neuen Steuer besorgt und machte geltend, dass Personen und Familien mit kleinem Einkommen überproportional stark von der Energiesteuer betroffen wären. Darüber hinaus wurde von allen Parteien, die sich gegen die Initiative stellten, ein fundamentaler Konstruktionsfehler der vorgeschlagenen Energiesteuer beklagt: Sobald die Steuer auf nicht erneuerbare Energien ihr Ziel erreicht habe, und der Energieverbrauch entsprechend abnähme, würden gleichzeitig die Staatseinnahmen sinken. Um ein festes Einnahmeziel zu erreichen, müsste die Steuer (und damit die Preise für nicht erneuerbare Energie) stetig steigen. Die Gegner der Initiative befürchteten deshalb eine starke Erhöhung der Energiepreise mit unabsehbaren Folgen für die Schweizer Wirtschaft.

Aus diesen Gründen empfahlen Bundesrat und Parlament die Initiative zur Ablehnung. In der Schlussabstimmung wurde die ablehnende Abstimmungsempfehlung im Ständerat mit 40 gegen 3 Stimmen bei zwei Enthaltungen und im Nationalrat mit 171 gegen 27 Stimmen der grünliberalen und grünen Fraktion angenommen. Ein Antrag zu einem Gegenvorschlag wurde abgelehnt.

Die Volksinitiative kam am 8. März 2015 vor das Volk. Die Argumente der Grünliberalen konnten offenbar nicht überzeugen: Die Initiative wurde mit 92,0% Nein-Stimmen äusserst deutlich verworfen. Nur einmal in der Geschichte der Schweizer Initiativen war eine Vorlage noch deutlicher abgelehnt worden: Die «Getreideinitiative» im Jahr 1929 (97,3% Nein).

3.2 Das Profil der Stimmenden

Obwohl im Allgemeinen von einer Ablehnung der Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» ausgegangen wurde, überraschte die Deutlichkeit des Resultats. In der Analyse zeigt sich denn auch, dass die Energiesteuer in praktisch allen Teilen der Bevölkerung Schiffbruch erlitt. Selbst bei Befragten, die sich selber als politisch links stehend einordnen, stiess die Initiative der Grünliberalen auf wenig Gegenliebe. Nicht einmal jede/r fünfte Befragte aus dem linken Lager legte ein Ja in die Urne. Verglichen mit anderen Initiativen zur Steuerung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Energien sind dies ausserordentlich tiefe Werte.⁷ Offenbar wogen die sozialen und finanzpolitischen Auswirkungen der Energiesteuer schwerer als der grüne Kern der Initiative, die zur Sicherung der Energiewende lanciert worden war.

Die breite Ablehnung der Initiative und ein kaum vorhandener Links-Rechts-Konflikt widerspiegeln sich auch im Entscheid der verschiedenen Parteifolgschaften. Die Anhängerschaft aller Bundesratsparteien lehnte die Energiesteuer überwiegend bis fast einheitlich ab. Die höchste Zustimmungsrates erreichte die Initiative unter CVP-Wählenden – allerdings legte auch hier gerade jede/r Achte ein Ja in die Urne (12%). Bei der SP-Gefolgschaft betrug die Zustimmung magere 7% und unter Wählenden der rechtsbürgerlichen Parteien FDP und SVP sind Befürwortende der Energiesteuer gar eine echte Rarität (2%).

Leider sind die Fallzahlen zu Wählenden derjenigen Parteien, welche die Energiesteuer aktiv unterstützt haben, klein und lassen keine statistisch belastbaren Aussagen zu. Die vorhandenen Daten legen aber nahe, dass selbst die Anhängerinnen und Anhänger der GLP und GPS nicht geschlossen hinter dem Anliegen standen und etliche Wählende trotz Sympathie für die Urheberschaft der Initiative Nein stimmten.

Ein ähnliches Ergebnis liefert die Aufgliederung nach bestimmten Wertvorstellungen. Sogar Stimmende, die Umweltschutz im Allgemeinen über reines Wirtschaftswachstum stellen, konnten der Einführung einer Energiesteuer wenig abgewinnen. Nur 14% von ihnen stimmten für die Initiative. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass die schwache Unterstützung für die Energiesteuer nicht primär auf ökologischen Motiven gründete, sondern soziale oder fiskal- und wirtschaftspolitische Überlegungen zur massiven Ablehnung geführt hatten.

Die GLP machte geltend, dass mit dem Ersatz der Mehrwertsteuer durch die Energiesteuer eine liberale Lösung zur Umsetzung der Energiewende vorliege, die ohne Subventionen auskomme und Bürokratie reduziere.⁸ Diese marktwirtschaftlich orientierte Argumentation schien aber auch Befürwortende eines schlanken Staates nicht zu überzeugen: Nur gut 5% sprachen sich für die Initiative aus. Bei Wählenden, die sich einen starken Staat wünschen erzielte die Energiesteuer hingegen etwas höhere Popularitätswerte (18% Ja-Stimmen).

⁷ Die Initiative «Strom ohne Atom», über die im Jahr 2003 abgestimmt wurde und den mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie verlangte, wurde von einer Mehrheit des linken Lagers (55% links, 75% linksausen) bzw. der SP-Wählerschaft (61%) unterstützt (VOX Nr. 81).

⁸ Martin Bäumle, Präsident der GLP, liess sich im Abstimmungsbüchlein wie folgt zitieren: «Die Initiative ist der Königsweg für die Umsetzung der Energiewende: wirksam, liberal, ohne Subventionen und bürokratische Regulierungen.»

Tabelle 3.1: Energiesteuer – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden

Merkmale/Kategorien	% Ja	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	8	995	
Parteiverbundenheit			V = .48***
SP – Sozialdemokratische Partei	7	206	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	12	56	
FDP, Die Liberalen	2	139	
SVP – Schweizerische Volkspartei	2	169	
Grüne	(66)	34	
GLP – Grünliberale Partei	(23)	39	
BDP – Bürgerlich Demokratische Partei	(4)	25	
Keine Partei	4	173	
Einstufung auf der Links-Rechts-Achse			V = .21***
Links aussen	11	126	
Links	17	206	
Mitte	5	268	
Rechts	5	192	
Rechts aussen	3	146	
Weiss nicht	(12)	40	
Wertvorstellung: Umwelt vs. Wirtschaft			V = .19***
Umwelt	14	398	
Gemischt	4	470	
Wohlstand	5	108	
Wertvorstellung: Mehr vs. Weniger Staat			V = .15***
Mehr Staat	18	115	
Gemischt	9	339	
Weniger Staat	6	513	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 4 «Zur Methode». Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter fünfzig liegt und keine statistischen Schlüsse zulässt.
© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

Nachdem sich politische Einstellungen als relativ schwache Erklärungsfaktoren für oder wider die Energiesteuer herausgestellt haben, soll als nächstes der Einfluss soziodemographischer Merkmale untersucht werden.

Ein leicht positiver Zusammenhang kann zwischen formaler Schulbildung und Popularität der GLP-Initiative beobachtet werden. Dabei fällt vor allem die erhöhte Zustimmung unter UniversitätsabsolventInnen auf. Hier erreichte die Energieinitiative immerhin einen Ja-Stimmen-Anteil von rund 15%. Kein eindeutiger Zusammenhang scheint zwischen dem Alter der Befragten und dem Abstimmungsentscheid zu bestehen. Am ehesten wurde die Initiative von Befragten mittleren Alters (40–49 Jahre) befürwortet, unterdurchschnittlich stark hingegen von jungen und älteren Befragten. Auch Geschlechterunterschiede sind nur schwach ausgeprägt: Männer und Frauen haben die Energieinitiative ähnlich deutlich abgelehnt (mit 90 bzw. 93% Nein-Stimmen).

Die Energiesteuer wurde vom linken Lager unter anderem aufgrund der als unfair erachteten Verteilungswirkungen abgelehnt. Weil Haushalte mit tiefem Einkommen einen prozentual grösseren Anteil des Gesamtbudgets für Energie ausgeben müssen, wurde erwartet, dass ärmere Haushalte verhältnismässig stärker von einer Energiesteuer betroffen wären. Hat dies zu grösserer Ablehnung unter Befragten mit tiefem Einkommen geführt? Kaum. Auch über die verschiedenen Einkommensgruppen hinweg sind nur sehr kleine Differenzen in der Zustimmung zur Energiesteuer zu beobachten. Die leicht erhöhte Popularität unter Haushalten mit hohem Einkommen ist dabei primär dem durchschnittlich höheren Bildungsniveau dieser Personen geschuldet.

Tabelle 3.2: Energiesteuer – Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen in Prozent der Ja-Stimmenden

Merkmale/Kategorien	% Ja	n	Korrelationskoeffizient*
Total VOX (gewichtet)	8	995	
Bildung			V = .14**
Obligatorische Schule	(6)	40	
Berufslehre	6	334	
Matur/Primarlehrer	3	78	
Fach-/Berufsausbildung	9	112	
Höhere Fachschule	6	94	
ETH/FHS	10	150	
Universität	15	178	
Geschlecht			V = .07*
Mann	10	500	
Frau	7	494	
Alter			V = .12*
18 bis 29 Jahre	7	58	
30 bis 39 Jahre	11	176	
40 bis 49 Jahre	14	134	
50 bis 59 Jahre	8	198	
60 bis 69 Jahre	5	217	
70 Jahre und mehr	7	211	
Haushaltseinkommen			n.s.
Unter Fr. 5000.–	6	240	
Zwischen Fr. 5000.– und Fr. 9000.–	9	383	
Mehr als Fr. 9000.–	10	257	

* Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Abschnitt 4 «Zur Methode».
Die Zahlen in runden Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter fünfzig liegt und keine statistischen Schlüsse zulässt.
© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

3.3 Wahrnehmung

Bei den inhaltlichen Nennungen fällt auf, dass die Initiative von einem Grossteil der Befragten primär in einem fiskalpolitischen Licht betrachtet wurde. Der Umbau des Steuersystems oder die Abschaffung der Mehrwertsteuer wurden mit Abstand am häufigsten erwähnt. Insgesamt nannte die Hälfte der Befragten einen Inhalt mit Bezug auf das Steuersystem, unter den effektiv Teilnehmenden steigt dieser Wert gar auf rund drei Viertel. Ökologische Inhalte schienen hingegen deutlich in den Hintergrund gerückt zu sein: Nur knapp 5% nannten entweder die Besteuerung nicht erneuerbarer Energien, die Energiewende oder Reduzie-

rung des Energieverbrauchs als zentrale Komponente der Vorlage. Dieser Anteil steigt nur unwesentlich, wenn man Teilnehmende der Abstimmung separat betrachtet. Offensichtlich dominierten in der Wahrnehmung der Stimmberechtigten die Abschaffung der Mehrwertsteuer und die Reform des Steuersystems. Der GLP gelang es scheinbar nur ungenügend, die Implikationen für die Umwelt hervorzuheben und die Energiesteuer damit deutlicher ökologisch zu positionieren.

Die verhältnismässig hohe Anzahl an Personen, die keine Angaben zum Inhalt der Initiative machen konnte, lässt ausserdem auf einen relativ geringen Informationsstand in der Stimmbevölkerung schliessen. Eine Mehrheit der Befragten, die der Urne am Abstimmungssonntag fernblieb, konnte trotz informativem Titel der Initiative keinerlei Aussage zu deren Inhalt machen. Es scheint, dass sowohl die öffentliche Debatte um die Vorlage als auch die politische Kampagne beider Lager von einem beachtlichen Teil der Stimmbevölkerung kaum wahrgenommen wurde.

Tabelle 3.3: Energiesteuer – Wahrnehmung der Inhalte in Prozent der Stimmberechtigten (nur Erstnennungen)

Wahrnehmung*	Total		Stimmende		Nicht-Stimmende	
	%	n	%	n	%	n
Umbau Steuermodell/Abschaffung MWST	50	758	74	472	33	285
Steuer auf nicht erneuerbare Energie	3	46	4	27	2	19
Umweltschutz	2	25	1	9	2	16
Belastung bestimmter Gruppen (Autofahrer, Arme, ...)	2	29	2	12	2	17
Anderes («Grüne», «zu teuer», Energie)	3	42	4	26	2	16
Inhaltlich falsche Äusserungen	1	16	1	5	1	12
Weiss nicht / keine Antwort	40	598	13	84	58	511
Total	100	1513	100	634	100	875

* Die Aussagen wurden nach Teilnahme gewichtet.
© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

3.4 Die Stimmotive

Wenig überraschend machte ein Grossteil der Befürwortenden der GLP-Initiative ökologische Gründe für ihre Entscheidung geltend. Das meistgenannte Motiv für ein Ja war eindeutig die erwartete Wirkung der Energiesteuer hinsichtlich der Erreichung gesetzter Umweltziele (Energiewende, Klimawandel bekämpfen, Umweltschutz allgemein). Eng damit verbunden ist der am zweitmeisten erwähnte Grund für die Unterstützung der Vorlage, der sich spezifisch auf die Reduktion des Energieverbrauchs bezog. Die Ja-Stimmenden setzten also ganz auf die Lenkungswirkung erhöhter Energiepreise und waren überzeugt von den positiven Auswirkungen einer Energiesteuer auf Klima und Umwelt.

Der Entscheid zugunsten der GLP-Initiative erscheint damit grossmehrheitlich ökologisch motiviert. Der steuertechnische Systemwechsel war für die AnhängerInnen der Initiative höchstens zweitrangig und schien kein zentraler Treiber hinter der Entscheidung für die Energiesteuer. Nur wenige zustimmende Befragte lobten explizit den Umbau des Steuersystems.

Ein ganz anderes Bild bietet sich bei Betrachtung der Hauptmotive gegen die Energiesteuer. Von ökologischen Motiven ist hier kaum die Rede. Die Nein-Stimmenden fürchteten hauptsächlich die mit der Energiesteuer verbundenen Preiserhöhungen. Viele Befragte nannten dabei explizit den Benzinpreis und den Preis von fünf Franken pro Liter, den die Medien (basierend auf der Botschaft des Bundesrates) im Verlauf der Abstimmungskampagne aufgegriffen hatten. An der Wirksamkeit einer Steuer auf den Verbrauch nicht erneuerbarer Energien wurde damit kaum gezweifelt. Ebenfalls nicht grundsätzlich infrage gestellt wurde die Notwendigkeit von Massnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt. Ein kleiner Teil der Nein-Stimmenden (rund 5%) bezeichnete die Initiative als unnötig. Hingegen schien ein Grossteil der Stimmbevölkerung zu diesem Zeitpunkt nicht bereit, die zu erwartenden hohen Kosten zu tragen. Interessanterweise war dabei mehr das eigene Portemonnaie gemeint als die Kosten für die Gesamtwirtschaft. Die erhöhten Energiepreise und damit verbundene negative Konsequenzen für die Schweizer Wirtschaft scheinen keine Hauptsorge der Stimmbevölkerung zu sein und wurden verhältnismässig selten erwähnt – trotz aktueller Diskussion um den starken Franken.

Der Widerwille gegen höhere Energiepreise als Folge der neuen Steuer wurde noch verstärkt durch weitherum wahrgenommene Schwachpunkte dieser spezifischen Vorlage. Die Abschaffung der funktionierenden Mehrwertsteuer zugunsten einer neuen Steuer mit schwierig vorherzusehenden Einnahmen wurde weitherum als zu riskant wahrgenommen. Aufgrund der angestrebten Lenkungswirkung der Energiesteuer würde es ohne laufende Steuererhöhungen unvermeidlich zu rückläufigen Staatseinnahmen kommen. Die GLP-Initiative wurde deshalb von auffällig vielen Befragten als «unausgereift» bezeichnet. Die StimmbürgerInnen wollten die etablierte Mehrwertsteuer nicht durch eine neuartige Alternative mit unklarem Ausgang ersetzen und damit regelmässige Einnahmen von gut 22 Milliarden Franken aufs Spiel setzen – oder stetig steigende Energiepreise riskieren. Aufgrund der fiskalpolitisch nicht vollständig absehbaren Auswirkungen der Energiesteuer war die Schweizer Bevölkerung offenbar nicht bereit, das Risiko eines Systemwechsels von solch grosser Bedeutung zu tragen.

Das dritte häufig erwähnte Motiv für eine Ablehnung der Energiesteuer waren die bereits angesprochenen Verteilungswirkungen der neuen Abgabe. Der Ersatz der Mehrwertsteuer durch die Energiesteuer hätte private Haushalte mit tiefem Einkommen finanziell stärker getroffen als besser gestellte Haushalte. Dieser Aspekt der Energiesteuer war während der Abstimmungskampagne – speziell von linker Seite – als wichtiges Gegenargument vorgebracht worden. Insgesamt rund ein Fünftel der Befragten gaben denn auch dieses Argument als Grund für ein Nein an. Dabei können nur kleine Unterschiede zwischen links und rechtsstehenden Personen gefunden werden.⁹ Das Fairness-Argument stiess offenbar über parteipolitische und ideologische Gräben hinweg auf Anklang.

⁹ In der Erstnennung wurde das Gerechtigkeitsargument von SVP- und SP-Wählenden etwa ähnlich häufig genannt, zieht man auch die Zweitnennung mit ein überwiegt das Argument dann aber bei Befragten aus dem linken Lager.

Tabelle 3.4: Energiesteuer – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	%	n	%	n
Ja-Stimmende				
Energieverbrauch reduzieren	23	18	57	44
Energiewende/Klimawandel/Umweltschutz	39	31	90	70
Sinnvoller Umbau des Steuersystems	15	12	32	25
Empfehlungen	4	3	6	4
Allgemein positive Äusserungen/Anderes	19	15	27	21
Total	100	78	211	165
Nein-Stimmende				
Steigende Preise/Gegen neue Steuer	21	182	45	381
Riskanter Systemwechsel	7	62	14	118
Initiative ist nicht umsetzbar/ausgereift	11	95	22	190
Initiative ist unnötig	3	26	5	47
Energiesteuer ist ungerecht/MWST ist gerechter	8	65	22	185
MWST hat sich bewährt/soll nicht abgeschafft werden	10	86	20	172
Negative Folgen für Wirtschaft	3	22	8	65
Problematische Vermischung Lenkungsabgabe	9	80	21	178
Empfehlungen	3	26	4	37
Allgemeine negative Äusserungen	16	138	21	179
Anderes	8	69	12	105
Total	100	852	195	1658

© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

3.5 Pro- und Kontra-Argumente

Angesichts des überdeutlichen Nein zur Energiesteuer überwiegen auch bei der Abfrage einzelner Argumente die Stimmen derer, welche die Initiative abgelehnt haben. Das erste Argument widerspiegelt deutlich die Stimmotive aus dem vorhergehenden Kapitel. Unter den Stimmenden, welche die Initiative ablehnten, herrschte grosse Unsicherheit bezüglich des Systemwechsels von der Mehrwertsteuer zur Energiesteuer. Fast 70% der Nein-Stimmenden hegten ernste Zweifel, ob die Energiesteuer die Einnahmelücke tatsächlich schliessen kann, die durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer entstehen würde. Naturgemäss vertrauten die Ja-Stimmenden eher auf die Energiesteuer. Rund zwei Drittel von ihnen gingen davon aus, dass der Systemwechsel nicht mit Einnahmeverlusten einhergehen würde.

Mehr Einigkeit herrschte hingegen bezüglich der Wirksamkeit einer Energiesteuer. Insgesamt zeigt sich eine Mehrheit der Befragten einverstanden mit dem Argument, dass eine Energiesteuer Anreize zum Energiesparen setze und den Umstieg auf erneuerbare Ener-

gien fördere. Bei Befürwortenden war die ökologische Argumentation weitverbreitet (91% einverstanden), und selbst unter Nein-Stimmenden erreichte dieses Argument beinahe eine Mehrheit.

Ein weiteres Argument, das von Befürwortenden der Initiative vorgebracht wurde, bezog sich auf die Auslandsabhängigkeit der Schweiz im Bereich Energie. Die Steuer auf nicht erneuerbare Energien, die häufig importiert werden, hätte deren Preis relativ erhöht und einen Umstieg auf einheimisch hergestellte erneuerbare Energieträger gefördert. Hier zeigt sich wieder der zu erwartende Graben zwischen Ja- und Nein-Stimmenden. Erstere schienen dem Argument verringerter Auslandsabhängigkeit durchaus etwas abzugewinnen (67% einverstanden), unter jenen, welche die Initiative ablehnten, vermochte das Argument hingegen nur jede/n Dritte/n zu überzeugen.

Die Kostenfrage spaltete das Ja- und das Nein-Lager am deutlichsten. Wie bereits erwähnt, fürchteten die Nein-Stimmenden primär die Preissteigerungen aufgrund der Steuer auf nicht erneuerbare Energien. Obwohl die Auswirkungen auf den Werkplatz Schweiz in den offen gestellten Fragen nach den Gründen für oder wider die Initiative selten erwähnt wurde, befürchtete ein Grossteil der Ablehnenden teurere Energiepreise und entsprechende Folgen für die Schweizer Wirtschaft. Drei Viertel von ihnen zeigten sich mit diesem Kontra-Argument einverstanden. Ganz anders die Befürwortenden einer solchen Steuer: Gerade mal 23% stimmten diesem Argument zu.

Ein interessantes Muster zeigt sich bezüglich des dritten Kontra-Arguments. Die Problematik der Vermischung einer Lenkungsabgabe mit festem Einnahmeziel war offenbar nicht sehr umstritten. Der logische Zusammenhang zwischen sinkendem Verbrauch und sinkenden Staatseinnahmen bei konstantem Steuersatz wurde auch von einer Mehrheit der Ja-Stimmenden nicht infrage gestellt. Trotzdem entschieden sie sich für die Initiative. Im Unterschied zu den Nein-Stimmenden waren sie aber scheinbar bereit, die Kosten und Risiken des Systemwechsels zugunsten der Umwelt zu tragen.

Tabelle 3.5: Energiesteuer – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einver-	Weiss nicht
		(%)	standen (%)	(%)
Die Einnahmen der Energiesteuer gleichen die Ausfälle aufgrund der Abschaffung der Mehrwertsteuer aus.	Total	20	69	11
	Ja	64	22	13
	Nein	15	73	11
Eine Energiesteuer setzt Anreize zum Energiesparen und zum Umstieg auf erneuerbare Energien.	Total	53	42	5
	Ja	91	7	2
	Nein	49	46	5
Die Energiesteuer senkt die Abhängigkeit der Schweiz von Erdöl, Gas und Uran aus dem Ausland.	Total	36	52	12
	Ja	67	27	6
	Nein	33	54	12
Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht einver-	Weiss nicht
Eine Energiesteuer verteuert den Energieverbrauch massiv und schadet damit der Schweizer Wirtschaft.	Total	71	24	6
	Ja	23	75	2
	Nein	75	19	6
Die Energiesteuer ist unfair, weil ärmere Leute stärker belastet werden.	Total	64	29	6
	Ja	30	66	4
	Nein	68	26	7
Sinkt der Energieverbrauch, muss die Energiesteuer immer weiter steigen, sonst drohen Steuerausfälle.	Total	66	22	12
	Ja	54	35	11
	Nein	68	21	12

Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 20% aller Stimmenden (64% der Ja-Stimmenden; 15% der Nein-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument bei, 69% (22% der Ja-Stimmenden und 73% der Nein-Stimmenden) lehnten es ab und 11% (13%; 11%) konnten sich nicht entscheiden. Gesamtheit der antwortenden Stimmenden = 995 (gewichtet).

© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015.

3.6 Generelle Haltung zur Energiewende

Im Nachgang der überdeutlichen Ablehnung der GLP-Initiativen wurden Stimmen laut, die diese Abstimmungsklatsche auch als generelle Absage an die Energiepolitik des Bundesrates interpretierten. Das Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050, das einen Netzzuschlag zur Förderung erneuerbarer Energien und mittelfristig den Ausstieg aus der Kernenergie vorsieht, wird in den nächsten Monaten in der vorberatenden Kommission des Ständerats diskutiert. Die Höhe der geplanten Stromabgabe ist dabei ein zentraler Kritikpunkt der Wirtschaft. Bereits vor der Abstimmung im Raum stehende Referendumsdrohungen bekamen durch die deutliche Ablehnung der Energiesteuer zusätzlich Aufwind. Verschiedene Kommentatoren interpretierten die Schlappe der GLP denn auch als «Kollateralschaden für die Energiewende» im Allgemeinen.

Um diese Debatte mit Zahlen zu unterfüttern, wurde die VOX-Umfrage mit einer zusätzlichen Frage nach der generellen Haltung der Befragten zur Energiestrategie 2050 ergänzt.

Grundsätzlich bekennt sich eine Mehrheit der Bevölkerung zur energiepolitischen Stossrichtung des Bundesrates. 58% der Befragten sind entweder sehr oder eher einverstanden mit der aktuell diskutierten Energiestrategie 2050. Rund ein Fünftel zeigt sich skeptisch und nur 8% der Befragten lehnen die Energiestrategie kategorisch ab. Die restlichen 15% sind unentschieden oder gaben keine Antwort auf die Frage, was angesichts der Komplexität der Thematik nicht weiter überrascht.

Mit Blick auf die GLP-Initiative interessiert nun aber primär die Zustimmung zur Energiestrategie innerhalb der Nein-Stimmenden. Diese Verteilung gibt Hinweise darauf, wie stark die Ablehnung der Energiesteuer als allgemeine Absage an die Massnahmen der langfristigen Energiestrategie 2050 gelesen werden kann.

Tabelle 3.6: Generelle Haltung zur Energiewende

Stimmenscheid		Haltung zur Energiestrategie 2050*		
		Einverstanden	Nicht einverstanden	Unentschieden
Nein	n	484	283	106
	%	56	32	12
Ja	n	72	18	12
	%	71	18	11
Total Stimmende	n	556	301	117
	%	57	31	12
Total Nicht-Stimmende	n	239	86	92
	%	57	21	22
Total	n	850	407	219
	%	58	28	15

* Die Aussagen wurden nach Sprache gewichtet.
© Universität Zürich / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8.3.2015

Naturgemäss findet die Energiestrategie 2050 unter Befürwortern der GLP-Initiative mehr Anklang als unter Personen, welche die Initiative ablehnten. Trotzdem befürwortet aber eine Mehrheit in beiden Gruppen der Stimmbevölkerung den energiepolitischen Kurs des Bundesrats. 56% der Nein-Stimmenden sind, obwohl sie die Energiesteuer abgelehnt haben, grundsätzlich einverstanden mit der Energiestrategie 2050. In ihrer Haltung zur energiepolitischen Zukunft der Schweiz unterscheidet sich die Gruppe der Nein-Stimmenden somit kaum von der durchschnittlichen Einstellung im Land.

Dieser Befund unterstützt damit eine differenzierte Leseart der Ergebnisse vom 8. März 2015, die sich bereits in den vorhergehenden Kapiteln aufdrängte. Die Energiesteuer wurde primär aufgrund der Unsicherheiten abgelehnt, die mit einem grundlegenden Umbau des Steuersystems einhergehen. Eine Mehrheit der Nein-Stimmenden unterstützt zwar die energiepolitische Stossrichtung des Bundes, stellte sich aber dezidiert gegen einen Ersatz der Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer. Die Lenkungswirkung einer Energiesteuer hätte mittelfristig entweder zu einem Loch in der Bundeskasse oder zu stetig steigenden Energiepreisen geführt. Diesen beiden möglichen Konsequenzen hat das Stimmvolk eine deutliche Abfuhr erteilt. Diese Abfuhr ist aber nicht gleichbedeutend mit einer grundsätzlichen Abkehr vom energiepolitischen Kurs des Bundesrates. Das langfristige Ziel der Energiewende wird mehrheitlich unterstützt, die von der Initiative der Grünliberalen vorgeschlagenen Mittel dazu wurden aber für falsch befunden.

4. ZUR METHODE

Der vorliegende Bericht beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung. gfs.bern führte die Befragung innerhalb von 11 Tagen nach der Volksabstimmung vom 8. März 2015 durch. Die Analyse wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich (IPZ) vorgenommen.

Die Befragung wurde von 92 Befragenden telefonisch ausgeführt, wobei gfs.bern als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Befragung ohne Vorankündigung zu beaufsichtigen. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren, wobei auf der ersten Stufe (Sprachregionen) die Zahl der Befragten für die drei Sprachregionen festgelegt wurde. Auf der zweiten Stufe (Haushalte) erfolgte eine Zufallsauswahl aus dem elektronischen, aktualisierten Telefonverzeichnis der Swisscom. Die Auswahl auf der dritten Stufe (Personen aus dem jeweiligen Haushalt) erfolgte nach dem «Geburtstagprinzip». Die realisierte Stichprobe betrug 1514 Personen, davon stammten 53% der Befragten aus der Deutschschweiz, 27% aus der Romandie und 20% aus der italienischsprachigen Schweiz. Mit Nichtteilnehmenden wurde nur ein Teil des Interviews durchgeführt. Die Verweigerungsquote belief sich auf 79%; d.h. mit 21% der kontaktierten Personen konnte ein Interview durchgeführt werden.

Das demografische Abbild ist weitgehend gewährleistet.¹⁰ Die Abweichungen bei den Altersklassen und dem Geschlecht betragen maximal 0.4%, was innerhalb des Stichprobenfehlers liegt. Wie immer sind die an der Abstimmung Teilnehmenden überrepräsentiert (+29.9%). Jedoch bewegt sich die Abweichung von der realen Abstimmungsbeteiligung im Rahmen früherer VOX-Analysen. Die in der Umfrage ermittelten Stimmenverhältnisse weichen in unterschiedlichem Ausmass vom effektiven Ergebnis ab. Bei der Familieninitiative beträgt die Differenz -3.4, und bei der Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» +2.7 Prozentpunkte.

Wir haben für die Durchführung bestimmter Berechnungen Gewichtungsfaktoren für die Beteiligung respektive das Abstimmungsverhalten verwendet. Gewichtet wurde dort, wo sich die Untersuchungsvariable jeweils auf Ja- und Nein-Stimmende beziehungsweise auf Teilnehmende und Nichtteilnehmende bezog. Für die Beteiligung wurde nach Stimmregisterdaten aus dem Kanton Genf, der Stadt St. Gallen und einer Auswahl von Gemeinden des Kantons Tessin gewichtet. In anderen Worten wurden die realen Verteilungen der Beteiligung aus dem Kanton Genf als Basis für die Gewichtung der Beteiligung nach Alter in der Romandie genommen, die Daten aus der Stadt St. Gallen stellvertretend für die Deutschschweiz und die Daten aus den Tessiner Gemeinden zur Gewichtung für den Kanton Tessin. Die Grösse der Stichprobe (1'514 Personen) ergibt bei einer reinen Zufallsauswahl und einer Verteilung der Prozentwerte von 50:50 einen Stichprobenfehler von +/-2,5 Prozentpunkten.

¹⁰ Siehe hierzu: Longchamp, C. et al.: Technischer Bericht zur VOX-Analyse vom 8. März 2015, gfs.bern.

Bei einer geringeren Stichprobengrösse erhöht er sich, beispielsweise bei 780 Befragten auf +/-3,5. Liegen die Prozentwerte weiter auseinander, so reduziert sich der Stichprobenfehler (z.B. bei einem Ergebnis von rund 70%:30% auf +/-3,2). Vorsicht bei der Interpretation von Daten ist also dort geboten, wo die Teilstichproben klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist. In solchen Fällen können auf Grund des grösseren Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.

Die Bestimmung des Signifikanzniveaus stützt sich auf den Unabhängigkeitstest mittels Chi-Quadrat. Dabei bedeutet * eine Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 0,05, ** eine solche von unter 0,01 und *** eine solche unter 0,001. Im letzteren Fall heisst dies, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Zusammenhang zwischen zwei Variablen zufällig entstanden ist, unter einem Promille liegt und demnach der Zusammenhang als sehr hoch signifikant bezeichnet werden kann. Alle Werte, die eine Irrtumswahrscheinlichkeit von über 0,05 haben, sind gemäss statistischer Konvention als nicht signifikant anzusehen. Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramers' V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden. Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da zu ihrer Berechnung auch die Anzahl der Merkmalskategorien beider Variablen und die Fallzahl beizuziehen sind.